

Schutz unserer Bevölkerung ist kein Luxus

Autor(en): **Burkart, Thierry**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **186 (2020)**

Heft 7

PDF erstellt am: **18.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-905587>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

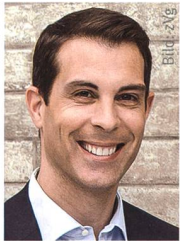
Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

Schutz unserer Bevölkerung ist kein Luxus

Die Gegner der Beschaffung neuer Kampfflugzeuge sprechen von einer «unnötigen Beschaffung von Luxus-Kampffjets». Der Schutz der Bevölkerung ist aber alles andere als ein «Luxus». Alle Vorkehrungen zur Landesverteidigung sind für einen souveränen Staat wie die Schweiz ein Muss. Und: Die zur Evaluation stehenden Jets sind keine Hochleistungsmaschinen, sondern einfach moderne Kampffjets.

Von Thierry Burkart*



Am 27. September 2020 stimmt das Volk darüber ab, für maximal 6 Milliarden CHF neue Kampffjets zu beschaffen. Die Gegner rund um SP, Grüne und GSoA führen ins Feld: «Der Luftpolizeidienst muss gewährleistet werden, dafür braucht es aber keine Luxus-Kampffjets. Leichte Kampffjets wären eine sinnvolle und massiv kostengünstigere Option zur Sicherstellung der luftpolizeilichen Aufgaben.» Dabei behaupten sie, dass «solche Alternativkonzepte vom VBS nicht einmal geprüft wurden». Das ist falsch.

«Alternative» der Gegner ist untauglich

Bereits der international anerkannte Expertenbericht «Luftverteidigung der Zukunft» des VBS aus dem Jahre 2017 befasste sich mit verschiedenen Optionen. Fazit: Es gibt keine Alternative – auch nicht die Beschaffung von «leichten Kampffjets». Es gibt kein solches Flugzeug auf dem Markt, das für das ganze Spektrum des Luftpolizeidienstes reicht, geschweige denn für die Luftverteidigung. Dazu zählen auch die bewaffneten Jettrainer, welche die SP als Alternative anpreist. Je nach Typ fehlt die Fähigkeit zu Überschallgeschwindigkeit, die Steigleistung oder das Beschleunigungsvermögen. Leichte Kampfflugzeuge sind nicht in der Lage, Flugzeuge innerhalb der vorgegebenen Zeitverhältnisse zu erreichen. Auch können die heutigen leichten Kampfflugzeuge ihre Waffen nur bei guten Sichtverhältnissen einsetzen und ihnen fehlen Eigenschutzsysteme. Kein Wunder also set-

zen die Betreiberländer solche Flugzeuge fürs Pilotentraining und nicht für den Luftpolizeidienst oder für die Luftverteidigung ein. Die Schweiz hat dafür den PC-21. Bei den Maschinen, welche die Schweiz evaluiert, handelt es sich nicht um «Hochleistungsflugzeuge» oder «Luxus-Kampffjets», sondern um ganz normale, moderne Kampfflugzeuge, wie sie von allen westeuropäischen Armeen betrieben werden.

F/A-18 Flotte kommt ans Limit

2030 werden alle Länder den F/A-18 Hornet ausser Dienst gestellt haben, insbesondere die USA, die heute noch mehrere Hundert Maschinen dieses Typs besitzen. Die Schweiz kann nicht als einziges Land ihre gerade einmal 30 Flugzeuge länger einsetzen. Die Kosten dafür wären exorbitant, denn die Schweiz müsste den gesamten Support beim Hersteller allein bezahlen. Ausserdem machen der Flotte schon heute trotz teuren Modernisierungsprogrammen strukturelle Probleme – wie Risse an den Flugzeugen – zu schaffen. Diese Probleme führten Anfang 2018 gar zum vorübergehenden Grounding der ganzen F/A-18-Flotte. Aus diesen Gründen muss die Flotte um 2030 ausser Betrieb gestellt werden.

Österreich ist kein Vergleich

Die Gegner vergleichen die Schweiz mit Österreich, das über 15 Kampffjets verfügt. Was sie dabei unterschlagen: Österreich beschränkt sich auf die sogenannte Luftraumüberwachung – eine abgespeckte Form des Luftpolizeidienstes. Der österreichische Verteidigungsminister und der Generalstabschef haben in Berichten 2019 darauf hingewiesen, dass ihre Armee

nicht in der Lage sei, das Land zu verteidigen, namentlich auch nicht gegen Bedrohungen aus der Luft. Diese Ambition dürfte wohl kaum ein Vorbild für die Schweiz sein.

Landesverteidigung bleibt verfassungsmässiger Auftrag

Die Schweizer Armee hat den verfassungsmässigen Auftrag zur Landesverteidigung. Diesen Auftrag lassen die Gegner links liegen. Die SP will gemäss ihrem Parteiprogramm sich für die Abschaffung der Armee einsetzen. Bis dieses Ziel erreicht ist, soll die Schweizer Armee massiv ab- und umgebaut werden. Um auch rechtlich konsequent zu sein, müsste sie aber eine Verfassungsänderung und die Streichung der Landesverteidigung beantragen. Für die Gegner «ist ein Luftkrieg in Europa unrealistisch». Leider haben in den letzten Jahren die geopolitischen Spannungen stark zugenommen und nehmen weiter zu. Keiner kann sagen, wo Europa in 30 Jahren steht. Die meisten Staaten in Europa erneuern zurzeit und in naher Zukunft ihre Flotten. Am 27. September 2020 stimmt die Bevölkerung nicht darüber ab, der Armee mehr Geld zu geben. Sie stimmt darüber ab, in welche Mittel die Armee investieren soll. Bei einem Ja werden die 30 bis 40 neuen Kampfflugzeuge und deren Betrieb für 30 bis 40 Jahre aus dem ordentlichen Budget der Armee bezahlt. Der Schutz der Bevölkerung und die Landesverteidigung sind für einen souveränen Staat wie die Schweiz ein Muss und kein «Luxus». ■

* Ständerat (FDP AG), Baden, Mitglied der Sicherheitspolitischen Kommission, Präsident Verein für eine sichere Schweiz und Kampagnenleiter Air2030.